

Annoucen-
Annahme-Bureau.

In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. S. Alrici & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streifand,
in Reseritz bei Ph. Mathias,
in Breschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. S. Haube & Co.,
Jaaßenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidenbank“.

Nr. 454.

Montag, 2. Juli.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

1883.

Amtliches.

Berlin, 30. Juni. Der Kaiser hat den bisherigen ersten Sekretär der Botschaft in Wien, Legationsrath Grafen v. Berchem, zum General-Konful in Budapest (Oesterreich-Ungarn) ernannt.

Der Kaiser hat die Ernennung des Mitgliedes des Patentamts, Privat-Dozenten an der hiesigen technischen Hochschule, Dr. Weyl, auf weitere fünf Jahre erstreckt; und dem Ober-Postkassen-Verwalter, Rechnungsrath Beyme in Gumbinnen bei seinem Scheiden aus dem Postdienste den Charakter als Geheimer Rechnungsrath verliehen.

Der Privat-Dozent Dr. Fischer in Straßburg ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg ernannt worden.

Der seitherige Kreis-Wundarzt Dr. med. Georg zu Paderborn ist zum Kreis-Physikus des Kreises Paderborn, und der praktische Arzt Dr. med. Wade zu Brodenbach ist unter einstweiliger Belassung in seinem bisherigen Wohnsitz zum Kreis-Wundarzt des Kreises St. Goar ernannt worden.

Verlezt sind: der Amtsgerichtsrath Freiherr Hoyer v. Lobenstein in Mühlhausen i. Th. an das Amtsgericht I. in Berlin, der Amtsrichter v. Schummann in Niesitz an das Amtsgericht in Krefeld, der Amtsrichter Brünning in Haspe an das Amtsgericht in Gattingen, der Amtsrichter Bracht in Wattencheid an das Amtsgericht in Haspe, der Amtsrichter Lenzer in Wollin an das Amtsgericht in Förde und der Amtsrichter Geinze in Loslau an das Amtsgericht in Ratibor. Die Verletzung des Amtsrichters Wöbber in Hoyau an das Amtsgericht in Neubaus a. D. ist zurückgenommen. In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht: der Rechtsanwalt v. Fabianowski in Königshütte bei dem Amtsgericht daselbst und bei dem Landgericht in Weuthen D.-Schl., der Rechtsanwalt v. Gottberg bei dem Amtsgericht in Burg (Reg.-Bez. Magdeburg) und der Rechtsanwalt Rabath in Mehlaußen bei dem Amtsgericht daselbst. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Gerichts-Assessor Mertineit bei dem Amtsgericht in Mehlaußen, der Gerichts-Assessor Karzewski bei dem Amtsgericht in Kösten, der Rechtsanwalt Rabath aus Mehlaußen bei dem Landgericht in Allenstein, der Gerichts-Assessor Dr. Kronfeld bei dem Landgericht I. in Berlin, der Gerichts-Assessor Dr. Geisenheimer bei dem Amtsgericht in Wittenberge, der Gerichts-Assessor Prasse bei dem Landgericht in Görlitz, der Gerichts-Assessor Werner bei dem Landgericht in Breslau und der Gerichts-Assessor Dubelmann bei dem Oberlandesgericht in Köln. Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Pilet in Posen ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte als Notar ertheilt. Der Rechtsanwalt und Notar Rabath in Mehlaußen hat das Notariat niedergelegt. Der Landgerichtsrath Friedrich in Oppeln ist gestorben.

Der Regierungs- und Baurath Wisen in Danzig ist an die Regierung in Merseburg, und der bei der Regierung in Merseburg angelegte Regierungs- und Baurath Sasse an die Landdrostei in Hannover versetzt worden. Dem bei der Ministerial-Baukommission in Berlin angelegten Wasser-Bauinspektor Fröhling ist die Wasser-Bauinspektor-Stelle zu Rudersnee bei Tilsit verliehen worden. Der bisher als technischer Hilfsarbeiter bei der Regierung in Koblenz angestellte Bauinspektor Delius ist als Kreis-Bauinspektor nach Eisleben versetzt worden. Der bisher bei der Regierung in Oppeln als technischer Hilfsarbeiter angestellte Wasser-Bauinspektor Höfgen ist in gleicher Amls-eigenschaft an die Regierung in Koblenz versetzt und angewiesen worden, fortan den Amtscharakter als königlicher Bauinspektor zu führen. Nach erfolgtem Ausscheiden des in Privatdienste getretenen Salinen-Direktors, Berg-raths Schröder ist dem Salinen-Direktor, Berg-rath Menzel in Dürrenberg die Direktion der Saline zu Schönbeck, dem Salinen-Direktor Müller zu Artern die Direktion der Saline zu Dürrenberg, dem Bergwerks-Direktor Wehleder zu Borglob, unter Ernennung zum Salinen-Direktor, die Direktion der Saline zu Artern, und dem seitherigen Berginspektor Köhler auf der Grube Gemis, unter Ernennung zum Bergwerks-Direktor, die Direktion der fiskalischen Stein- und Bergwerke bei Borglob und Delede übertragen worden. Der bisherige Kanzleidiatar Franke ist zum Geheimen Kanzlei-Sekretär bei dem evangelischen Ober-Kirchenrath ernannt worden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

87. Sitzung.

Berlin, 30. Juni. Am Ministerisch: von Puttkamer.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst der mündliche Bericht der Kommission für die Geschäftsordnung über die Frage, ob der Abgeordnete Oberregierungs-rath Sabu (2. Bromberg) durch seine Ernennung zum Vorsitzenden der Deputation für das Heimathwesen in Bromberg — Sitz und Stimme im Abgeordnetenhaus verloren.

Die Kommission, in deren Namen Abg. v. Kleinsorgen referirt, beantragt zu erklären, daß der Abgeordnete Sabu durch seine Ernennung zum Vorsitzenden der Deputation für das Heimathwesen in Bromberg Sitz und Stimme im Abgeordnetenhaus verloren habe.

Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen. Es folgt der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abg. Seyffardt (Krefeld).

Die Kommission, in deren Namen Abgeordneter Franke referirt, beantragt: die Wahl des Fabrikbesizers Seyffardt zum Abgeordneten für 10 Düsseldorf (Krefeld) und

die Wahl aller in diesem Wahlkreise zuletzt gewählten Wahlmänner für ungültig zu erklären.

Auch dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen. Es folgt die Beratung des vom Herrenhause in veränderter Fassung zurückgelangten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend das Staats-schuldbuch.

In der Generaldiskussion plaidirt Abg. v. Tiedemann (Bomst) für die Annahme des Gesetzes in der nun vorliegenden Fassung.

Abg. Dr. Wagner (Dit-Savelland) schließt sich diesen Ausführungen an, indem er seinem Bedauern darüber Ausdruck giebt, daß das Herrenhaus Aenderungen an dem Gesetz vorgenommen hat. Die Konserativen werden die nun befeitigten Aenderungen, die auf Antrag des Abg. v. Rauchhaupt in der dritten Lesung eingetreten sind, geeigneten Falls wieder beantragen.

Damit ist die Generaldiskussion geschlossen; eine Spezialdiskussion wird nicht beliebt und das Gesetz nach den Beschlüssen des Herrenhauses angenommen.

Die Hauptänderungen des letzteren bestehen darin, daß es im § 15 die gesperrt gedruckten Worte gestrichen hat.

§ 15 lautete nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses: Ueber die Eintragung von Forderungen und Vermerken sowie über die verfügte Auslieferung von Schuldverschreibungen an Stelle zur Lösung gelangter Forderungen wird dem Antragsteller, und falls der Berechtigte ein Anderer ist, auch diesem eine von der Hauptverwaltung der Staats-schulden ausgefertigte Benachrichtigung ertheilt.

Die Benachrichtigung gilt nicht als eine über die Forderung ausgestellte Verschreibung.

Im § 21 hat das Herrenhaus beschlossen, den Minimalbetrag der Gebühren für die Eintragung in das Schuldbuch auf mindestens eine Mark festzusetzen.

Die Uebersicht über die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Hütten und Salinen in preussischen Staaten während des Staatsjahres 1881/82 wird genehmigt und auf Antrag der Budgetkommission die Regierung aufgefordert:

a) Die Uebersicht über die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Hütten und Salinen in jedem Jahre dem Landtage vor der Beratung des Staatshaushaltsetzels vorzulegen;

b) der Uebersicht eine tabellarische, sich auf eine längere Periode erstreckende Statistik über die Einnahmen und Ausgaben, sowie über die Verhältnisse der preussischen Knappschaftsklassen mit Rücksicht auf deren Entwicklung beizufügen;

c) die Reform der Knappschafts-Gesetzgebung in Erwägung zu ziehen.

Es folgen Petitionen. Eine Petition der Stadt Deutsch-Krone, daß die auf Anregung des Staates im Jahre 1877 errichtete Baugewerkschule, die nun zu einer vierklassigen erweitert werden und deren Lehrern höhere Gehälter gezahlt werden sollen, vom Staate übernommen werde, während der Stadt die Verpflichtung verbleibt, die Unterrichtsräume nebst deren Ausstattung herzugeben und zu unterhalten, wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Petition der Buchdrucker Bertelsmann und Genossen (Hessen-Nassau) um Wiederzulassung zur Lieferung der gerichtlichen Formulare wird der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Die Petition der Bürgermeisterei-Versammlung Styrum, Kreis Mühlheim an der Ruhr, in welcher beantragt wird, zu veranlassen, daß mehrere Werke und Zeichen von den betreffenden königlichen Eisenbahnverwaltungen als kommunalnutzliche Stationen anerkannt werden, wird der königlichen Staatsregierung als Material für den Entwurf des Gemeindesteuergesetzes überwiesen.

Die Petitionen des Kreis-Ausschusses des Kreises Jülichau-Schwibus, der Stadtverwaltung von Jülichau und der Stadtverwaltung von Grünberg, um Reparatur der Oberbrücke bei Tschichertz, Unterhaltung und Beaufichtigung derselben auf Kosten des Staates, sowie Wiederzulassung der Benutzung derselben im öffentlichen Verkehr, werden der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgt nunmehr die Petition des Zentralvereins für Körperpflege in Volk und Schule, um Einsetzung einer Kommission von Aerzten, nach dem Vorbilde der Unterrichtsverwaltung von Elb-Lothringen, behufs Erstattung eines Gutachtens über das höhere Schulwesen Preußens, um auf Grund desselben die genügende Maßnahme zur Verhütung einer für die gebildete Jugend Deutschlands immer drohender werdenden Gefahr des körperlichen Rückgangs zu treffen.

Abg. Dr. Berger und Reichenperger (Köln) beantragen, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen, da eine so wichtige Frage in so kurzer Zeit nicht erledigt werden dürfe und die Frage der Ueberführung in Verbindung damit behandelt werden müßte.

Abg. Dr. Kropatschek widerspricht diesem Antrage, der von dem Abg. Dr. Langerhans warm befürwortet wird mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung der Frage.

Der Antrag Berger wird angenommen. Eine weitere Anzahl von Petitionen muß gleichfalls von der Tagesordnung abgesetzt werden, da die Referenten nicht anwesend sind.

Es folgen die Petitionen der Handelskammern zu Gildesheim und Görlitz, welche das Haus ersuchen, die gegen sie getroffenen Maßregeln des Handelsministers, der sie ihrer amtlichen Funktionen in der Staatsverwaltung entzogen und ihnen bedeutet hat, daß sie auf Mitwirkung der Staatsbehörden bei Erledigung ihrer Angelegenheiten und insbesondere bei Erhebung ihrer Beiträge keinen Anspruch haben, für unvereinbar mit den bestehenden Gesetzen, besonders dem vom 24. Februar 1870 zu erklären.

Die Kommission, in deren Namen Abg. v. Glijszynski (Tost-Gleiwitz) referirt, beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Dr. Götzing bestreitet dem Handelsminister das Recht, nach den bestehenden Gesetzen eine Handelskammer ihrer staatlichen Funktionen zu entziehen.

Unterschatzsekretär Dr. v. Möller widerspricht dieser Anschauung und hält den Minister sogar für berechtigt, eine Handelskammer gänzlich aufzulösen. Der Minister habe von diesem Rechte deshalb keinen Gebrauch gemacht, weil er den betreffenden Kammern die Möglichkeit gewähren wollte, dem Wunsche des Ministers entsprechend ihre Berichte vor der Veröffentlichung dem Ministerium einzureichen, damit etwaige Berichtigungen in sie aufgenommen und mit ihnen zugleich der Öffentlichkeit übergeben werden können. Die Handelskammer von Kiel, die zu den Gegnern der herrschenden Wirthschaftspolitik gehört, habe diese Vorberichterstattung an das Ministerium für sehr wünschenswerth bezeichnet; demgegenüber werde das Haus hoffentlich den Antrag der Kommission annehmen.

Abg. Hansen polemisiert gegen seinen Fraktionsgenossen Götzing, welcher besritten hatte, daß die Handelskammern Behörden seien. Wer dies jedoch bejahe, müsse auch dem Minister das Recht der Disziplinalgewalt über dieselben zugesprechen.

Abg. Zelle vermißt in den Ausführungen des Regierungskommissars die Behandlung des Hauptpunktes, ob die Handelskammern Behörden sind. Wenn man dies und die Disziplinalgewalt des Ministers über diese zugestehet, so bleibt noch die Frage zu beantworten, wer im Falle einer Auflösung einer solchen Kammer ihre Funktionen versehen soll. Auch für den Fall der Auflösung eines Magistrats ist

dieser Fall vorgesehen. Redner enthält sich der Stellung eines Antrages, bittet aber die Regierung, baldigst ein Gesetz vorzulegen, das diese Lücke ausfüllt.

Abg. Dirichlet stellt einen Antrag auf Vertagung, da er Zweifel an der Beschlußfähigkeit des Hauses hat und er nicht möchte, daß eine so wichtige Angelegenheit vor schlecht besetztem Hause erledigt werde.

Dieser Antrag wird abgelehnt und die Anträge der Kommission mit den Stimmen der Konserativen, des Zentrums und der Abg. Hansen und Dr. Löwe (Bochum) angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident v. Köller: Nach Mittheilungen, die mir aus dem anderen Hause zugegangen sind, ist es nicht abzusehen, ob es seine Geschäfte heute erledigen wird und demnach eine Schließung des Landtags heute oder erst am Montag möglich sein wird. Ich bitte mich also zu ermächtigen, die nächste Sitzung aus eigener Machtvollkommenheit anberaumen zu dürfen. (Zustimmung.)

Der Präsident giebt darauf die übliche Uebersicht über die Geschäfte der abgelaufenen Session. Demnach haben seit dem 14. November 89 Plenarsitzungen inklusive zweier Abend-sitzungen, die als Fortsetzungen der Tages-sitzungen betrachtet wurden, 19 Abtheilungs-, 244 Kommissions-sitzungen und 260 Fraktions-sitzungen stattgefunden. Außer dem Staatshaushalt sind 25 Gesetzesentwürfe dem Hause zugegangen, von denen drei durch Einfügung in andere Gesetze erledigt, 20 von beiden Häusern angenommen, zwei nicht zu Stande gekommen sind; das Hundesteuergesetz und das Gesetz über die Schulverfassung. Aus dem Hause wurden acht Anträge gestellt, von denen einer Gesetz wurde, auf drei wurden Resolutionen gefaßt, 1 einer Kommission überwiesen, über einen nicht beraten. Die drei von Mitgliedern gestellten Interpellationen wurden von der Regierung beantwortet. Von den 1400 eingegangenen Petitionen wurden 817 als zur Berührung im Plenum nicht für geeignet erachtet, über die anderen wurden 57 schriftliche und 43 mündliche Antworten ertheilt, über 26 wurde zur Tagesordnung übergegangen, 22 wurden durch Gesetze erledigt, über 32 hat sich die Kommission noch nicht schlüssig gemacht und 27 mußten als zu spät eingelaufen zurückgewiesen werden. Ueber die Wahlen wurden 20 schriftliche und sechs mündliche Berichte erstattet, neun Wahlen sind noch unerledigt; vier Mandate sind Zeit erledigt.

Präsident v. Köller: Ich kann nur wünschen, daß die dieser langen Session dem Lande nur einigem Nutzen sein möge.

Abg. v. Bodum-Dollfs (Alterspräsident): Am ungewöhnlich langen Session glaube ich im Sinne aller Anwesenden, wenn ich dem Herrn Präsidenten für seine allzu bewußt und Honorar für die Verrichtung der Amtsgeschäfte, (Lärm)

Diepräsidenten, Schriftführer und Kassieren sag Dank (Bravo!), und ich bitte die Herren sich zu erheben und des Dankes für diese sich von ihnen (Bravo!) Die Mitglieder erheben sich von ihren Sitzen.

Präsident v. Köller: Ich danke Ihnen für die freundlichen Worte, die Sie mir soeben ausgesprochen haben und thun im Namen meiner Kollegen. Ich danke Ihnen herzlich für die Unterstützung, die mir von allen Seiten zu Theil geworden ist und kann nur wünschen, daß Sie mir diese Gesinnung erhalten. Ich kann sagen, unter diesen Umständen ist mir mein Amt leicht geworden. (Bravo!)

— Sollte noch eine Sitzung nothwendig werden, so werde ich davon Mittheilung machen.

Schluß 2 Uhr.

Herrenhaus.

16. Sitzung.

Berlin, 30. Juni. Am Regierungstische: von Puttkamer, Friedberg, v. Gohler, v. Böttcher, v. Scholz.

Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten.

Einige Petitionen aus der Rheinprovinz, die Sonntagsruhe der Staatsbeamten betreffend, werden in Gemäßheit früherer analoger Beschlüsse der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Es folgt die Beratung der Kanalvorlage, in welcher für einen Kanal Dortmund-Emsbüden 46 Millionen gefordert werden. Die Herrenhauskommission schlägt vor, die Vorlage unbedingt abzulehnen, von den Herren v. Bredt und Fürst v. Hatzfeldt sind Resolutionen eingebracht, welche den Bau einer Wasserstraße von Ober-Schlesien nach Berlin resp. den Bau eines westfälischen Binnenkanals befürworten.

Referent Geh. Rath Stumm vermahnt die in seinem Bericht enthaltenen statistischen Angaben gegen den Vorwurf der Unrichtigkeit, welcher denselben in mehreren Petitionen und Eingaben gemacht wird. Seien Unrichtigkeiten vorhanden, so seien dieselben nicht dem Referenten und auch nicht der Kommission zur Last. Die sämtlichen statistischen Daten seien aus den Schriften des „Vereins zur Dehung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt“ entnommen.

Regierungskommissar, Ministerial-Direktor Dr. Schulz: Im Abgeordnetenhaus hat sowohl seitens der Kommission, als seitens des Plenums eine prinzipielle Opposition gegen die vorgeschlagene Linie nicht stattgefunden dagegen ist leider in der Kommission des Herrenhauses auf das Betreiben des Referenten hin, der semen gegenwärtigen Standpunkt mit großer Wärme und Energie vertreten hat, die Vorlage mit 9 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden. Die Regierung hofft aber dennoch, daß für das Plenum die Bedenken der Kommission nicht den Ausschlag geben werden. Wir haben neben dem Ausbau der Eisenbahnen auch Kanäle nöthig, weil die Eisenbahnen eine bestimmte gewisene Grenze ihrer Leistungsfähigkeit haben. Neben den Kanälen soll dabei der Bau von Sekundärbahnen keineswegs ausgeschlossen sein. Eine Ermäßigung der Eisenbahntarife zu Gunsten der Masengüter ist jedenfalls nicht angängig, und ich muß überdies im ausdrücklichen Auftrag meines Chefs, des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten, erklären, daß die spezifischen Vortheile, welche Kanäle gewähren, in seiner Ueberzeugung mit Eisenbahnen nie zu erreichen sind. Auch eine mäßige Verzinsung der Kanalvorlage nicht erreicht werden soll halten wir an der Vorlage fest. Neue Kommunikationswege so nicht in erster Linie Einnahmequellen sein, sondern den allgemeinen Interessen dienen.

Die vorgeschlagene Strecke hat übrigens auch einen selbständigen Werth, indem sie für die rheinisch-westfälische Industrie einen Exportweg schafft, der uns von Holland unabhängig machen kann. Graf v. Brühl erklärt sich für die Ablehnung der Vorlage.

al er die Bedingung, daß seitens der Interessenten das ganze Terrain vorweg unentgeltlich hergegeben werden solle, für unbillig und unausführbar hält.

Oberrürgermeister Lindemann (Dortmund) konstatirt, daß die Majorität der Kommission sich prinzipiell auf den Standpunkt der Regierung bezüglich der Kanalbauten gestellt habe, und nur wegen der speziellen Linie Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten. Die Behauptung des Berichts, daß die Kosten des Transports auf dem Wasserwege ebenso hoch sein würden, wie die Eisenbahnfracht, seien irrig. Ferner sei auch irrig, daß die Vorlage den Westen einseitig vor dem Osten der Monarchie begünstige. Ein Kanal nütze mindestens eben so viel wie eine Sekundärbahn, und der Kanal Dortmund-Emshafen speziell werde — nach dem Rhein und der Elbe ausgebaut — dem ganzen Lande von höchstem wirtschaftlichen Nutzen sein.

Herr v. Bethmann-Hollweg: Daß selbst auf kurzen Strecken die Eisenbahnfracht vorgezogen wird, weiß ich aus eigener Erfahrung. In Düsseldorf werden täglich Wagenladungen mit Chausseematerial befördert, ebenso werden die Werkzeuge zum Bau der Drachenburg per Bahn über den Rhein nach dem Fuß des Berges hingeführt. Schon aus diesem Grunde, dann aber auch wegen der mangelnden Rentabilität stimme ich für den Kommissionsvorschlag.

Die Herren Vetter (Düsseldorf) und Bredt (Barmen) bekräften die tatsächliche Richtigkeit der Angaben der Vorredner. Herr Adamis erklärt sich für die Vorlage, während Fürst Saksfeldt nur einen west-östlichen Bindkanal für geeignet hält, den inneren Verkehr des Landes in gewünschter Weise zu fördern.

Staatsminister v. Bötticher: Gegenüber noch immer kursierenden Gerüchten erkläre ich nochmals, daß im Schooße der Staatsregierung eine Meinungsverschiedenheit über das Projekt nicht herrscht. Der Kommissionsbericht hat ja viel Bestehendes, seine Ausführungen seien aber doch auf recht schwachen Füßen. Die Zweifelhaftigkeit der Zahlen, auf die sich seine Schlussfolgerungen beziehen, ist schon mehrmals erwähnt; er hätte sich doch lieber an offizielle Ziffern, als an solche halten sollen, die nur in Streitschriften angeführt sind. Die Detailrechnungen über die Rentabilität sind ja allerdings sehr schwierig. Ich gebe sie Ihnen indes vollständig frei. Es handelt sich ja nicht um die Höhe der Renten, auch nicht einmal darum, ob der Staat noch einen Zuschuß zahlen muß; es handelt sich nicht um kleinliche Lokalinteressen, sondern es handelt sich um die Hebung und Stütze des rheinisch-westfälischen Distrikts, um die Unterstützung einer arbeitenden Bevölkerung mit Arbeit und Verdienst, um die Anbahnung einer Lösung der sozialen Frage auch auf diesem Gebiete. (Bravo!) Dafür ist mir kein Opfer zu theuer. Aber auch die Reichspolitik hat hier ein Wort mitzureden. Nach Artikel 4 der Reichs-Verfassung unterliegen Kanäle der Beaufsichtigung des Reichs. Wie sollen wir auf unsere Bundesgenossen im Reich einen Einfluß ausüben, wenn wir ihnen Vorschläge machen, Kanäle zu bauen, und Sie uns darauf verweisen, daß wir für ein so wichtiges Projekt, wie das vorliegende, nicht einmal die Einwilligung erlangen können? Nehmen Sie die Vorlage an, m. H., sie ist ein Theil der Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers, gerichtet auf die Hebung der Schätze eines reichen Landes auf die Verbesserung der Position der arbeitenden Klassen. Zur diese Politik, welche wir auf Befehl Sr. Majestät auszuführen haben, nehmen wir heute Ihre Mitwirkung vertrauensvoll in Anspruch. (Beifall.)

Generalfeldmarschall Graf von Moltke: Es ist für mich und für viele andere Herren im Hause außerordentlich schwierig, die für und wider die Vorlage gegen einander abzuwägen. Die eine Seite werden Zahlen, auf der andern Erwartungen geführt. Daß die Kanäle, jemals die Zinsen des Anlagekapitals werden, ist gewiß sehr zweifelhaft; aber andererseits doch die großen Vortheile der billigen Transportkosten, welche zum Theil niemals auf die Eisenbahn zurückzuführen sind. Die Gründe abzuwägen, dazu ist der Herr V. Bethmann-Hollweg in besten im Stande. In militärischer Beziehung ist der Bau unseres Eisenbahnnetzes entschieden der Vorzug vor dem Kanalbau, denn man schiebt niemals Truppen transport ausgehütetes Kanalsystem auch militärisch sehr vorzuziehen. Die Verproviantirung unserer Grenzfestungen und der unermesslichen Magazine. (Hört, hört!) Sympathie hat aber die Vorlage doch vom Bergbau und von der Landwirthschaft begrüßt werden sollen. Der letzteren bringen die Eisenbahnen in der That nur einen sehr beschränkten Nutzen, eigentlich nur den direkt angrenzenden Bezirken. In weiterer Erstreckung sind sie eher ein Hinderniß als eine Beförderung. Auch befürchte ich die angebotene vernichtende Konkurrenz beider wegzugehen; Eisenbahnen können Kanäle nicht ersetzen, und Kanäle nicht Eisenbahnen. Daß die Konkurrenz nicht den Verkehr ruinirt, sehen wir nicht bloß am Rhein, wir sehen es hier in Berlin, wo trotz der sehr schlechten Wasserwege ein kolossaler Verkehr durchgeht. Ich hoffe, daß durch die Kanäle unser Eisenbahnnetz die noch sehr nöthige Entwicklung finden wird, und nehme meinerseits die Vorlage an. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen. Im Schlusswort vertheidigt Referent den Bericht gegen die ihm gemachten Vorwürfe; wäre die Notwendigkeit des Kanals im militärischen Interesse aus den Worten des Generalfeldmarschalls Moltke heraus zu hören gewesen, so würde er (Referent) kein Wort der Opposition mehr gegen die Vorlage geäußert haben; aber diese Notwendigkeit sei aus der eben gehörten Rede nicht hervorgegangen. Wenn dem Grafen Moltke im militärischen Interesse 50 Millionen zur Verfügung gestellt würden, er würde sie sicher zu anderen Zwecken als für den Kanalbau verwenden. (Heiterkeit und Unruhe.)

In der Spezialdiskussion recapituliren die Herren Sacke und Bredt nochmals sämtliche Argumente zu Gunsten des in Rede stehenden Kanalprojekts, ebenso geben die Regierungskommissare Freund und Mosler noch eine Reihe statistischer Details, um die Ausführungen des Referenten bezüglich der Rentabilität zu widerlegen.

In namentlicher Abstimmung wird § 1 mit 70 gegen 65 Stimmen verworfen.

Staatsminister v. Bötticher erklärt darauf, daß Seitens der Staatsregierung kein Werth auf die Weiterberathung des Gesetzes gelegt werde.

Die vom Fürsten Saksfeld vorgeschlagene Resolution betreffend die Ausführung eines west-östlichen Binnenkanals wird darauf mit großer Majorität angenommen.

Darauf wird die Sitzung vertagt. Nächste Sitzung: Montag 9 Uhr. Tagesordnung: Kirchenpolitisches Gesetz. Schluß 4 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 1. Juli. Im Herrenhause, auf dessen Tribünen sonst gähnende Beere zu herrschen pflegt, waren dieselben gestern theils von sog. Kanal-Deputationen, theils von Neueren dicht besetzt, welche sehen wollten, wie sich in unserem Aufse der Vords ein Kampf zwischen einer gegen eine Regierungsvorlage eingetommenen Mehrheit und dem Ministerium abspielte. Als nach dem Abgeordnetenhaus die Meldung gelangte, daß die Verwerfung der Kanal-Vorlage immer wahrscheinlicher werde — was namentlich durch das Eintreffen einer Anzahl sächsischer Magnaten der Fall war — begaben sich zahlreiche Mitglieder derselben nach dem Herrenhause, wo nach dem Schluß der Sitzung des Abgeordnetenhauses in der Hofloge auch der Reichspräsident erschien, welchem von Zeit zu Zeit befreun-

dete Herrenhaus-Mitglieder aus dem Saale Kunde darüber brachten, wie die Ausichten unten sich gestalteten. Hier ging es Anfangs äußerlich so her, wie gewöhnlich in diesem stillen Raume, in welchem man der Regel nach sehr höflich gegen einander ist und selbst die langweiligsten Reden, welche im Reichstag oder Abgeordnetenhaus durch laute Privatunterhaltung überhört würden, mit ruhiger Gelassenheit anhört oder höchstens durch leise Entfernung aus dem Saale sich erspart. Als gestern aber die Verhandlung sich immer mehr in die Länge zog, als die Bürgermeister aus dem Westen um so beharrlicher redeten, je mehr die Gefahr der Ablehnung des Entwurfes wuchs, da riß endlich, Angesichts der immer mehr schwindenden Hoffnung auf Schluß der Session noch am gestrigen Tage, auch dem höflichen Herrenhause die Geduld, und dasselbe bot, während Herr Bredt aus Barmen sprach, ungefähr den Anblick des Abgeordnetenhauses während einer Rede des Herrn v. Stablewski oder v. Jagzewski, d. h. Niemand hörte mehr zu. Was die Verhandlung selbst betrifft, so trug, während die Vorlage abweisend von den Bürgermeistern der beteiligten Städte und von der Regierung, der auch Graf Moltke zu Hilfe kam, vertheidigt wurde, der Referent der Kommission, Herr Stumm, fast allein die Kosten des Angriffs; immer wieder nahm er das Wort; und wie man auch sonst über diesen Hauptbefürworter der Schutz-zollpolitik und Urheber der bekannnten, terroristischen Maßnahmen gegen oppositionelle Arbeiter denken mag — das bürgerliche Selbstgefühl, womit er ruhig und energisch den Deuktionen vom Ministerisch und selbst denen des großen Strategen entgegentrat, hatte etwas Sympathisches. Das Gros der aristokratischen Mitglieder, welches entschlossen war, gegen die Vorlage zu stimmen, überließ das Reden gegen dieselbe beinahe ganz Herrn Stumm, so daß, wer in die Absicht der Ratibor, Schaffgotsch, Hohenlohe u. nicht eingeweiht war, glauben konnte, daß diese nie gewöhnlich mit der Regierung votiren würden. Zu dem negativen Ausgang hat nicht am wenigsten die außerordentlich schwache Vertheidigung der Vorlage durch den Minister von Bötticher beigetragen, der völlig unsachlich sprach und durch die Art, wie er darlegte, daß alle Mitglieder des Ministeriums entschieden für den Kanalbau seien, dem entgegengesetzten Gerüchte eher neue Nahrung gab; der Finanzminister v. Scholz, welcher mit zusammengekniffenen Lippen dabei stand, sah gar nicht danach aus, als ob er für die Vorlage begeistert wäre. Den Ausschlag gab übrigens nicht die prinzipielle Gegnerchaft wider große Kanalbauten, wie Herr Stumm sie vertritt, sondern der Widerstand der östlichen Provinzen speziell gegen den Kanal von Dortmund nach der unteren Ems; und dieser Widerstand mußte im Herrenhause ungleich wirksamer sich erweisen, als im Abgeordnetenhaus, da die östlichen Provinzen viel stärker vertreten sind, als die westlichen und als vollends die neuen Provinzen; außerdem fehlte die kompakte Zentrumskohorte, welche Herr Windthorst der Vorlage zu Hilfe geführt hatte.

In der letzten Bundesrathssitzung wurde in Bezug auf den Handelsvertrag mit Spanien mitgeteilt, daß die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien.

Nachen, 29. Juni. Das hier ausgebrochene Feuer hat etwa 20 Gebäude ergriffen, darunter das Rathaus, dessen Dachstuhl und Thürme ausbrannten. Die Akten und Papiere wurden gerettet. Die Feuerwehren der benachbarten Städte waren zur Hilfe herbeigeeilt.

Ein späteres Telegramm vom 30. Juni lautet: Die beiden Thürme sowie der Dachstuhl des Hauses sind ausgebrannt, der Kronungsaal ist unbeschädigt, die Dokumente sind gerettet. Ungefähr 25 Häuser sind durch das Feuer in Mitleidenschaft gezogen worden. Gestern Abend um 7 Uhr war die größte Gefahr vorüber, um 8 Uhr trafen die Löschmannschaften aus Stolberg, Eupen, Gladbach, Düren, Düsseldorf und Köln ein. Heute Morgen war die Gefahr gehoben.

(Das Rathaus, im Jahre 1353 im gotischen Stil an derselben Stelle, wo einst Karls des Großen Palast stand, erbaut, ist eins der schönsten Gebäude der alten Kaiserstadt, besonders ausgezeichnet darin der große Kaisersaal mit den herrlichen Fresken von Kethel und Rehren.)

Wien, 30. Juni. Der Statthalter Graf Potocki ist heute vom Kaiser in längerer Audienz empfangen worden. Wie die „Presse“ meldet, hat derselbe mit Rücksicht auf die ärztliche Versicherung, daß er wohl einer längeren Erholung dringend bedürfe, jedoch sein Gesundheitszustand im Allgemeinen befriedigend sei, sich dahin entschieden, seine ursprüngliche Absicht, sich von seinem Posten zurückzuziehen, aufzugeben.

Prag, 30. Juni. Nach den bis jetzt bekannten Resultaten der böhmischen Städtewahl ist das bisherige Parteiverhältniß nicht verschoben. Nur in der Prager Josefstadt sind die tschechischen Kandidaten Jalub und Keiller mit resp. 104 und 103 Stimmen von 203 erschienenen Wählern gegen die bisherigen deutschen Abgeordneten Wiener und Tebesco, welche 100 resp. 98 Stimmen erhielten, gewählt worden. Auf der Prager Kleinfeste wurden beide tschechische Kandidaten mit großer Majorität gewählt.

London, 29. Juni. [Unterhaus.] Der Staatssekretär des Innern, Harcourt, brachte eine Bill ein betreffend die Errichtung eines Ministeriums für die Lokalverwaltung Schottlands, mit Ausnahme des Unterrichtswesens. Durch das Gehalt für den Minister, das auf 2000 Pfund festgesetzt ist, wird der Ausgabe-Etat nicht erhöht, da das Gehalt des Geheim-Siegelbewahrers dem neuen Minister zugewandt wird. Die Bill wurde in erster Lesung angenommen. — Bei der Neuwahl eines Unterhausmitgliedes für Hastings wurde Gain (liberal) gewählt.

Rom, 30. Juni. Der Senat genehmigte mit großer Majorität den Handels- und Schiffsahrtsvertrag mit Deutschland. — Die Kammer der Deputirten nahm den Gesetzentwurf an, welcher Meliorationen zur Herbeiführung besserer Gesundheitsbedingungen in der römischen Kampagna zum Gegenstande hat und vertagte sich sodann.

Konstantinopel, 30. Juni. Der Vertreter der deutschen Botschaft, Justizrath Primmer, ist gestorben.

Vocales und Provinzielles.

Vosen, 2. Juli.

F. Viktoria-theater. Sonnabend hat die erste und gestern die zweite Aufführung der Operette „Apajune“ von Carl Millöcker stattgefunden und zwar, wie wir vorweg konstatiren wollen, bei gut besetztem Hause und mit durchschlagendem Erfolg. Eine eingehendere Besprechung uns vorbehaltend, wollen wir für heut nur hervorheben, daß „Apajune“ uns musikalisch unbedingt werthvoller erscheint als der „Bettelstudent“. Die Operette ist reich an wirksamen Nummern und wird sich unzweifelhaft bei uns längere Zeit auf dem Repertoire erhalten. Was die Aufführung anbelangt, so müssen wir Herrn Direktor Carl, sowie den Mitwirkenden unsere vollste Anerkennung aussprechen. Die Ausstattung ist durchweg neu und gebiegen und die Regie hat geleistet, was man unter den obwaltenden Verhältnissen nur irgend erwarten kann. Direktor Carl ist überhaupt nach besten Kräften bemüht, uns das zu schaffen, was wir bisher leider vermissen mußten, eine gute Sommerbühne, und wir wünschen aufrichtig, daß seinen Anstrengungen der verdiente Erfolg nicht fehle, daß er sich vielmehr in der schnell erworbenen Gunst unseres Theaterpublikums dauernd behaupten möge.

r. Die Temperatur ist gegenwärtig außerordentlich hoch. Gestern Nachmittags stieg dieselbe auf 28,7 Grad C. im Schatten, und auf 41 Grad C. in der Sonne; Abends gegen 10 Uhr hatten wir noch 22,3 Grad C., und heute Morgens 6 Uhr schon 18,8 Grad C. Bis jetzt war der gestrige Tag der heißeste in diesem Jahre.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 30. Juni. Die Auswechslung der Ratifikationen des deutsch-italienischen Handels- und Schiffsahrtsvertrages vom 4. Mai d. J. hat heute hier stattgefunden.

Genf, 30. Juni. An dem gestrigen Diner bei Sr. Maj. dem Kaiser nahmen u. A. theil: Generalleutnant von Strubberg, Generalmajor, Freiherr v. Amelungen, Ober-Staatsanwalt Hamm aus Köln, Graf Beißel von Gynnich, Freiherr von der Leyen und Graf Berge von Trips. Abends besuchte Sr. Maj. das Theater und empfing heute früh, nach beendeter Kur und Promenade, den Vortrag des Hofmarschalls, Grafen Perponcher, und des Chefs des Zivilkabinetts, Wirkl. Geh. Raths von Wil-mowski.

Kiel, 30. Juni. Der Kriegsminister, Generalleutnant Bronsart von Schellendorf und der Chef der Admiralität, Generalleutnant von Siptow, beschäftigten heute die Offiziere des Kieler Hafens, wohnten dann an Bord der Korvette „Blücher“ einem Fahrtschießen mit Fischtorpedos bei und besuchten später die Kaiserliche Werft.

Chemnitz, 30. Juni. Ein hier umlaufendes Gerücht von einem Brand in Hartmann-Schacht ist unbegründet; es hat vielmehr nur eine unbedeutende Störung stattgefunden, welche sofort völlig beseitigt wurde.

Pest, 30. Juni. [Prozeß Jfloczy.] Nach dem Plaidoyer des Vertheidigers und des Angellagten Jfloczy gaben die Geschworenen das Verdict auf Nichtschuldigkeit mit 10 gegen 9 Stimmen ab, worauf der Gerichtshof den Angeklagten freisprach.

Tripoli, 1. Juli. Der Lloyd-Dampfer „Eltore“ ist heute Morgen mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandpost aus Alexandria hier eingetroffen und zur Quarantäne in das neue Lazareth beordert worden.

Paris, 30. Juni. Senat. Dérangeur (vom linken Centrum) interpellirte heute die Regierung über die Abschaffung der Hospitalgeistlichen und bezeichnete diese Maßregel als eine verhängnißvolle Konzession an den Municipalrath von Paris, weil dieselbe der Armee die letzten Tröstungen entziehe. Er führte in dieser Beziehung verschiedene in den Hospitälern vorgekommene bellagenswerthe Vorgänge an und machte es dem Minister zum Vorwurfe, daß er dergleichen jacobinische Akte zulasse. Minister Walbec-Rouffieu erwiderte, die Verwaltung verfähre gesetzmäßig, indem sie den von dem Pariser Municipalrath aufgehobenen Subsidien-Kredit nicht wiederherstelle, es seien übrigens Maßregeln getroffen, die genügten, um den Kranken den geistlichen Beistand zu gewähren. Wenn Verbesserungen nöthig würden, werde die Regierung dafür sorgen. Dérangeur finde die Antwort des Ministers ungenügend und bringt eine Tagesordnung ein, in welcher erklärt wird, daß die Abschaffung der Hospital-Geistlichen eine Verletzung der Gewissensfreiheit sei. Walbec-Rouffieu verlangt einfache Tagesordnung, die vom Senate mit 136 gegen 120 Stimmen angenommen wird. — Der Senat nahm weiterhin die Konvention mit Deutschland zum Schutze des geistigen Eigenthums an Werken der Kunst an.

Die Kammer der Deputirten verwarf mit 386 gegen 53 Stimmen den Gegenentwurf Lamessan's, von der äußersten Linken, zu dem Municipalgesetze, durch welchen jeder Kommune die völlige Unabhängigkeit von der Zentralbehörde gewährt werden sollte. Mehrere Deputirte der Linken und der Rechten wollen wegen der Tonkin-Angelegenheit interpelliren. Der Tag der Diskussion wird Montag bestimmt werden.

Paris, 30. Juni. Challemeil-Lacour wird heute Abend wieder hier eintreffen und morgen die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wieder übernehmen. — Der Handelsminister theilte dem heutigen Ministerrathe die gegen eine Einschleppung der Cholera in Frankreich getroffenen Maßregeln mit. In allen Häfen des Mittelmeers und des Ozeans sind Quarantäne-Einrichtungen für die Provenienzen aus choleraverdächtigen Häfen eingerichtet; jedes Schiff mit klarem Gesundheitspasse wird behandelt und den Vorsichtsmaßregeln unterworfen, als hätte es nur unreinen Gesundheitspasse. Diese Maßregel ist nöthig geworden durch die Gewohnheit englischer Seebehörden, ihren Schiffen, selbst wenn sie aus Häfen kommen, die von der Cholera heimgegriffen sind, klare Gesundheitspässe zu verabfolgen; die Regierung wird endlich die Einfuhr gewisser, die Einschleppung der Cholera begünstigenden Artikel, wie Lumpen u. dergleichen, analoge Maßregeln sind für Algier und Tunis angeordnet und Pilgerfahrten aus diesen Ländern nach Mekka untersagt.

Paris, 30. Juni. Der „Voltaire“ will wissen, daß zwischen den Mächten Besprechungen behufs Bildung einer internationalen und permanenten Sanitätskommission in Egypten stattfänden.

Nach Nachrichten aus Konstantinopel waren durch kaiserlichen Firman die Pilgerschaften nach Mekka zur Zeit untersagt worden.

Paris, 1. Juli. Nach einem Telegramm der „Union“ aus Frohsdorf, ist Graf Chambord plötzlich nicht unbedenklich erkrankt.

Brüssel, 29. Juni. Die Zentralsektion der Repräsentantenkammer lehnte auch die Steuern auf Tabak und Kaffee ab.

London, 30. Juni. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Nicofa vom 29. d. M. gemeldet wird, ist für die Provenienzen aus Egypten eine zehntägige Quarantäne angeordnet worden.

Neapel, 30. Juni. Das Gerücht von einem hier vorgekommenen Cholera-Todesfall ist völlig unbegründet; nicht einmal ein choleraverdächtiger Erkrankungsfall hat stattgefunden.

Petersburg, 1. Juli. Durch Allerhöchste sanktionirten Beschluß des Kriegsrathes wird angeordnet, daß die Festungs-Artillerie in Nikolajew aufzulösen und gleichzeitig eine Verwaltungshilfe für die Festungsartillerie in Dschafow mit zwei Bataillonen Festungsartillerie zu bilden sei.

Petersburg, 1. Juli. Das neukreirte Amt eines Stadthauptmanns von St. Petersburg ist dem Generalleutnant Gresser übertragen worden.

Konstantinopel, 30. Juni. Der Sanitätsrath hat eine Verschärfung der Maßregeln gegen die Cholera dahin beschloffen, daß alle nicht cholerafreien Schiffe eine Quarantäne von 15 Tagen zu halten haben.

Alexandrien, 30. Juni. (Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“.) Gestern wurden in Damiette 122 Choleraerkrankungen konstatiert, von denen 113 einen tödtlichen Ausgang hatten.

Alexandrien, 1. Juli. (Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“.) An der Cholera starben gestern in Damiette 109 Personen, in Port Said eine Person.

Newyork, 30. Juni. Auf Befehl der Auswanderungskommission sind mehrere aus Irland ausgewanderte mittellose Familien heut nach Irland zurückgeschickt worden.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen. Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserats übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Table with columns: Datum, Barometer auf 0, Wind, Wetter, Temp. i. Cel., and Temp. i. Grad. It contains daily weather data for June.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 1 Juli Morgens 1,96 Meter, am 2 Juli Morgens 1,98

Telegraphische Börsenberichte.

Konst.-Course.

Frankfurt a. M., 30. Juni. (Schluß-Course.) Ziemlich fest. Höhere Berliner, Londoner und Wiener Kurse, sowie schwächere Getreidepreise begünstigten.

Wien, 30. Juni. (Schluß-Course.) Fest. Papierrente 78,55. Silberrente 79,10. Oesterr. Goldrente 99,40. Unverz. ungarische Goldrente 120,50.

Paris, 30. Juni. (Schluß-Course.) Schwach. 3proz. amortisirb. Rente 81,00. 3proz. Rente 78,72 1/2.

London, 30. Juni. Consols 100 1/8. Italien. 5proz. Rente 91 1/2. Lombarden 13 1/8.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 20,00. fremder loco 20,50. per Juli 19,20.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Schluß-Course.) Fest. Papierrente 78,55. Silberrente 79,10. Oesterr. Goldrente 99,40.

Paris, 30. Juni. (Schluß-Course.) Schwach. 3proz. amortisirb. Rente 81,00. 3proz. Rente 78,72 1/2.

London, 30. Juni. Consols 100 1/8. Italien. 5proz. Rente 91 1/2. Lombarden 13 1/8.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 20,00. fremder loco 20,50.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Marktpreise in Breslau am 30. Juni.

Table with columns: Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation, gute, mittlere, geringe Waaren. It lists prices for various goods like wheat, rye, and barley.

Breslau, 30. Juni 9 1/2 Uhr Vormittags. [Privatbericht.] Bandzusatz und Angebot aus zweiter Hand war mäßig.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 20,00. fremder loco 20,50.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Wien, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni —. —. —. —. —. —. —. —. —. —.

Paris, 30. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 25,10. per Juli 25,25.

Donnerstag, den 5. Juli cr. Vormittags 9 Uhr, werde ich in Rayonowik vor dem Wirthshause zwei Stück Jungvieh meistbietend versteigern.

Bernau, Gerichtsvollzieher.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschluß entschlief sanft am 29. d. M. in Marienbad unser heiligeliebter Gatte, Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, Herr Süßkind Nürnberg jr.

Die Annahmestellen für die Sparkasse sind in folgender Weise für den Verkehr geöffnet: Annahmestelle Nr. I. Cigarrenfabrikant Krause, Alter Markt Nr. 56.

Produkten-Börse.

Berlin, 8. Juni. Wind: SO. Wetter: Drückend heiß. Die auswärtige Plaque dauert in nachhaltiger Weise fort, aber auf den hiesigen Verkehr hatte sie heute nur wenig Einfluss.

Bahn, per diesen Monat 184,5 M. bez., per Juni-Juli - bez., per Juli-August 184,25-184 M. bez., per August-September - bez., per September-Oktober 190-189 M. bezahl., per Oktober-November 191,25-190,5 M. bez.

Erbsen Rogwaare 170-220, Futterwaare - M. per 1000 Kilogramm nach Qualität. Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unverfeuert inkl. Sad per diesen Monat 20,20-20,25 Mark bezahlt.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 30 Juni. Die heutige Börse eröffnete und verlief im Wesentlichen in fester Haltung; die Kurse setzten auf spekulativem Gebiet theilweise etwas besser ein und konnten sich weiterhin zumeist gut behaupten.

Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen und fremde festen Zins tragende Papiere konnten sich gut behaupten. Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei meist fester Haltung.

ungarische Renten als behauptet und ruhig, Italiener als schwach zu nennen. Preussische und deutsche Staatsfonds und inländische Eisenbahn-prioritäten waren fest und ruhig.

Wechselkurse: 1 Dollar = 4,25 Mark, 100 Francs = 80 Mark, 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark, 7 Gulden holl. Währung = 12 Mark, 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark.

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market data. Includes sections for 'Wechselkurse', 'Anleihe', 'Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien', 'Berlin-Dressd. St. g.', 'Nordb. Bank', 'Industrie-Aktien', 'Bank-Aktien', and 'Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen'.